

STRESEMANN-GESELLSCHAFT E.V.

ALTE UNIVERSITÄTSSTRASSE 19 (DOMUS UNIVERSITATIS)
INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE GESCHICHTE
6500 MAINZ

30 Jahre Römische Verträge und die deutsch-französische Zusammenarbeit

Vortrag gehalten am 25. März 1987 in Mainz von

Andreas Meusch, M.A.

Als am 25. März 1957 in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft unterzeichnet wurden, kommentierte dies Bundeskanzler Adenauer mit den Worten "die Optimisten, nicht die Pessimisten haben recht behalten". Wenn wir heute die 30. Wiederkehr der feierlichen Zeremonie auf dem römischen Kapitol begehen, dann scheint diese positive Einschätzung des ersten Bundeskanzlers einem lamentierenden Krisenbewußtsein gewichen zu sein. Europa bietet nicht mehr den Stoff, aus dem Erfolgserlebnisse sind.

Der Jahrestag bietet Anlaß zur Standortbestimmung, zur Überprüfung des Optimismus der Gründerzeit, wie der Krisenstimmung der Gegenwart. Welche Wegstrecke ist zurückgelegt? Welche Zukunftsperspektiven erscheinen realistisch?

Die Unterschrift unter die Römischen Verträge markiert eine tiefe Zäsur in der Geschichte Europas. Sie begründete feierlich die Gemeinschaft von damals sechs, heute zwölf Staaten, die auf die Erfahrung zweier europäischer Bruderkriege mit dem Modell einer Friedensgemeinschaft antworteten, einer Magna Charta der friedlichen Koexistenz. Wenn dies nicht einmal zwölf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs möglich war, so nicht zuletzt deshalb, weil die Akteure an die historische Leistung der Männer anknüpfen konnten, die bereits nach dem Ersten Weltkrieg die Weitsicht besaßen, in der Kooperation, nicht in der Konfrontation der Staaten des alten Kontinents die Voraussetzung für die Selbstbehauptung Europas zu sehen. Konrad Adenauer hat dies anerkannt, wenn er bei der Einweihung des Stresemann-Ehrenmals hier in Mainz in Gustav Stresemanns die Leistung des Mannes geehrt hat, der "die Grundlagen zur Überwindung des Mißtrauens in Europa geschaffen" hat.

Gustav Stresemann wies der deutschen Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg noch in einem weiteren Punkt die Richtung, indem er in der deutsch-französischen Zusammenarbeit den Schlüssel für die Einigung Europas erblickte. Bundesaußenminister Genscher würdigte dieses Verdienst am 100. Geburtstag des Reichskanzlers: "Stresemann hat uns den Blick geöffnet für diese historische Dimension der Beziehungen zwischen den beiden Nationen auf dieser und auf jener Seite des Rheins". Ein Resümee der Europäischen Einigung nach 30 Jahren wird diese notwendige

Bedingung europäischer Erfolgserlebnisse entsprechend berücksichtigen müssen.

Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Europäischen Politischen Gemeinschaft bestimmte die Ausgangskonstellation für die Verhandlungen zu den Römischen Verträgen. Die Fähigkeit zum Schnüren von Kompromißpaketen und zum Neubeginn nach Mißerfolgen waren die herausragenden Eigenschaften, die schließlich zum Erfolg der Verhandlungen über die EWG und Euratom führten.

Dabei waren die Divergenzen damals nicht weniger ausgeprägt als heute. Vor allem Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland waren die Protagonisten unterschiedlicher Interessen. Frankreich wollte einen Schutzzaun um die eigene Wirtschaft, während man in Bonn sich vor allem für einen großen europäischen Wirtschaftsraum innerhalb einer nach liberalen Grundsätzen organisierten Weltwirtschaft engagierte. Frankreich strebte außerdem nach Kontrolle über die Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke, vor allem beim Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins, während man die eigene militärische Verwendung des Atoms möglichst von der Kontrolle ausnehmen wollte.

Der Durchbruch in den Verhandlungen wurde erzielt, als man sich auf bundesdeutscher und französischer Seite verständigte. Mit den Regelungen des Euratom-Vertrages wurden in diesem Bereich Übereinkünfte erzielt, die den gemeinschaftlichen Besitz an spaltbarem Material und Überwachungsmöglichkeiten bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie festschreiben. So konnte nicht nur gegenseitigem Mißtrauen wirksam vorgebaut werden, es wurde auch die Grundlage für Fortschritte auf diesem Forschungssektor gelegt. Es sei hier vor allem an das JET-Projekt erinnert, bei dem es um Kernfusion und damit um eine mögliche Energiequelle für das nächste Jahrtausend geht.

In der Frage der wirtschaftlichen Ordnungsvorstellung hat der EWG-Vertrag vor allem die Rahmenbedingungen abgesteckt, in denen Konflikte über unterschiedliche wirtschaftliche Konzepte künftig ausgetragen werden sollten. Vor allem Paris und Bonn sind hier immer wieder Protagonisten unterschiedlicher Ordnungsprinzipien. Erst in den 80er Jahren hat dieser Prinzipienstreit zwischen liberalen Wirtschaftsideen in der Bundesrepublik Deutschland und merkantilistischen Traditionen in Frankreich an Schärfe verloren. Der EWG-Vertrag bildete auch die von beiden Seiten niemals wirklich in Frage gestellte Grundlage für den ebenfalls vor allem zwischen Bonn und Paris ausgetragenen Streit über die Prioritäten bei der Verwirklichung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Römischen Verträge wollten von Anfang an mehr sein als die Grundlage für eine sektorale Integration in den Bereichen Wirtschaft und Atomenergie. Die Finalität einer politischen Union, die das Dach über die vergemeinschafteten Politikbereiche bilden sollte, war von Anfang an die eigentliche Perspektive europäischer Gemeinschaftsbildung.

Einen ersten Versuch dazu hatte es bereits 1952/53 gegeben, als

dann gescheiterte Europäische Verteidigungsgemeinschaft verbinden sollte. Der zweite Versuch wurde 1961/62 mit den Fouchet-Verhandlungen unternommen, in denen ein europäischer Staatenbund mit gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik erreicht werden sollte. Die Verhandlungen scheiterten, nicht zuletzt deshalb, weil die BeBelux-Staaten der engen Verbindung Frankreich-Bundesrepublik Deutschland, die den Kern der Zusammenarbeit bilden würden, ablehnend begegneten.

Adenauer und de Gaulle wollten einen weiteren Versuch zur politischen Einigung Europas unternehmen. Ihre Sorge war die politische Uneinigkeit Westeuropas: Eine deutsch-französische Verbindung sollte Modell für ein politisch geeintes Europa sein. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag vom 22. Januar 1963 ist das Ergebnis dieser Bemühungen. Dieses zunächst als "überflüssig" und "totgeborenes Kind" apostrophierte Übereinkommen zielt darauf, die Verklammerung Deutschlands und Frankreichs zum Motor der Politischen Union Europas zu machen. So heißt es in der gemeinsamen Erklärung zum Vertrag, daß "die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Weg zu dem Vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist". Der Vertrag ist also weniger Schlußstein der Versöhnung beider Völker - diese fand im wesentlichen bereits in den 50er Jahren statt und hätte kaum einer vertraglichen Fixierung bedurft - als vielmehr die Option auf eine europäische Zukunft. Diese Perspektive des Vertrags und der deutsch-französischen Zusammenarbeit blieb aber lange unbeachtet und ist noch immer unverwirklicht.

In der Bundesrepublik Deutschland wie in Frankreich führten bald nach der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages politische Signale des Partners zu einem Mangel an politischem Willen, das Instrument des Elyséevertrages effektiv zu nutzen: in Frankreich war dies die Enttäuschung über die 'Verwässerung' des Vertrages durch die Präambel, die der deutsche Bundestag ihm voranstellte, in der Bundesrepublik Deutschland das Drängen de Gaulles, sich zwischen Paris und Washington zu entscheiden.

Fast zwanzig Jahre lag der Vertrag trotz der regelmäßig stattfindenden Konsultationen praktisch auf Eis. Erst die Krise der Entspannungspolitik zu Beginn der 80er Jahre führte zu einem verstärkten Bewußtsein für die Möglichkeiten, die im Vertrag von 1963 bereits angelegt sind. Mit der Intensivierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit seit 1982 haben beide Staaten einen Weg beschritten, in dem die gemeinsame Motorfunktion für Europa besonders deutlich wird.

Ich darf hier daran erinnern, daß der ehemalige deutsche Botschafter in Paris, Freiherr von Braun, hier vor der Stresemann-Gesellschaft von einem Gespräch mit Präsident Pompidou berichtete, in dem der Staatspräsident die Ansicht vertrat, daß das Verteidigungsministerium das letzte Ministerium sein würde, das in nationaler Verantwortung verbleiben wird. Heute ist die Sicherheitspolitik der Bereich, in dem das Aufeinanderzubewegen zwischen Deutschen und Franzosen am sichtbarsten ist. Fortschritte in Richtung auf eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik werden immer dringlicher und

bedürfen der Initialzündung durch deutsch-französische Aktivitäten.

Warum sollte man in der gegenwärtigen Weltlage nicht Pompidous Ansicht auf den Kopf stellen und fordern, mit einem gemeinsamen deutsch-französischen Verteidigungsministerium zu beginnen, von dem eine zentripetale Wirkung auf andere Staaten und andere Politikbereiche ausgehen müßte? Dieser Schritt wäre mehr als nur ein symbolisches Erfolgserlebnis auf dem Weg zu einem geeinten Europa. Er wäre eine mutige Antwort auf die Herausforderungen der gegenwärtigen Weltlage. "Warum wollen nicht wir Franzosen und wir Deutschen die ersten sein, die das begreifen, die das gemeinsam begreifen und es gemeinsam den anderen verständlich machen?" - so der ehemalige französische Botschafter Henri Froment-Meurice auf einer Veranstaltung der evangelischen Akademie in Tutzing.

Die Überlegung, die Verteidigungspolitik zum Nucleus einer Europäischen Politischen Gemeinschaft zu machen, führt uns zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück, den entsprechenden Bestrebungen im Kontext der Gründung der EVG in den 50er Jahren und den Fouchet-Verhandlungen zu Beginn der 60er Jahre. Die Beschäftigung mit den beiden ersten Versuche, eine gemeinsame europäische Antwort auf die jeweiligen Herausforderungen der Weltpolitik zu formulieren, ist keineswegs von rein historischem Interesse. Sie liefern das Ausgangsmaterial, das bei einem dritten Versuch genutzt werden sollte. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit haben die verantwortlichen Politiker in den letzten Jahren bereits die Erfahrungen der gescheiterten Einigungsversuche genutzt. So ist die Idee, die im Europäischen Rat in den 70er Jahren verwirklicht wurde, bereits im Rat der Regierungschefs, den die Fouchet-Verträge der frühen 60er Jahre vorsahen, angelegt. Das Ideenreservoir dieser zunächst gescheiterten Einigungsbestrebungen ist noch lange nicht ausgeschöpft.

Der Weg zu einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft müßte auch dem Grundzug der Europapolitik seit den 50er Jahren entsprechen, den jeweiligen Rahmen gemäß den gegebenen Bedürfnissen und Möglichkeiten flexibel und pragmatisch zu bestimmen:

- Zunächst waren es nur sechs Staaten, die sich zusammenschlossen. Heute sind es zwölf Partner in der EG.
- In der Währungspolitik fühlten sich nicht alle EG-Mitglieder den harten Stabilitätsanforderungen des Europäischen Währungssystems gewachsen. Deshalb schlossen sich 1979 - mitgerissen durch die gemeinsame Initiative von Giscard und Schmidt - die Länder im EMS zusammen, die sich dazu in der Lage glaubten und halten noch immer die Tür für die Staaten offen, die bislang abseits stehen.
- Die Herausforderungen der dritten industriellen Revolution wollen praktisch alle westeuropäischen Staaten gemeinsam anpacken: bereits 18 Staaten haben sich in der 'European Research Cooperation Agency', kurz Eureka, zusammengeschlossen.

Es kann zunächst offenbleiben, welche Staaten sich definitiv an einem Versuch beteiligen werden, über eine gemeinsame

Sicherheitspolitik die europäische Einigung voranzubringen. Die Europäische Politische Zusammenarbeit, das Europäische Währungssystem und Eureka sind lediglich die prominentesten Beispiele dafür, daß sich integrationspolitische Fortschritte in Europa außerhalb der Römischen Verträge vollzogen. Es erscheint daher kaum ratsam, die in der Feierlichen Erklärung von Stuttgart und der Einheitlichen Europäischen Akte enthaltenen Ansätze für eine sicherheitspolitische Konzertierung der Regierungen der EG-Staaten als Kern einer solchen Sicherheitsgemeinschaft zu betrachten. Die enorme Kraftanstrengung, die der Reformprozeß bis zur Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte gewesen ist, läßt es kaum wahrscheinlich erscheinen, daß in unmittelbarer Zukunft in diesem Rahmen ein noch weiterreichender Reformschub erfolgen kann. Zwei weitere Gründe lassen die Zwölferegemeinschaft als eher ungeeigneten Rahmen für eine Sicherheitsgemeinschaft erscheinen:

1. die Einheitliche Europäische Akte hat nicht das entscheidende Hemmnis im Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft berührt, den 'Luxemburger Kompromiß' aus dem Jahre 1966. Die Beschlußfassung wird deshalb solange zu schwerfällig bleiben, wie sich einzelne Staaten auf vermeintlich vitale Interessen berufen, um eine Mehrheitsentscheidung im Ministerrat zu verhindern.
2. Mit Irland gehört ein neutraler Staat der Gemeinschaft an. Eine Sicherheitsgemeinschaft im Zwölfereverbund gefährdet also entweder die Mitgliedschaft Irlands oder bleibt ineffektiv.

Diese Überlegungen verweisen wiederum auf Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland als Kern einer solchen Sicherheitsgemeinschaft, da der Grad der Abstimmung und der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Staaten bereits weiter geht als zwischen anderen Staaten der Gemeinschaft. Die Vorbildfunktion und Vorreiterrolle beider Regierungen ist in diesem Bereich weiterhin gefragt. Als Voraussetzung für den Erfolg dieser Gemeinschaft ist die grundsätzliche Offenheit für die übrigen Staaten Westeuropas, die sich zunächst nicht beteiligen wollen oder können, aber unabdingbare Voraussetzung. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich können und dürfen sich nicht aufeinander beschränken. Ein 'Sonderbündnis' würde den gesamten europäischen Eingangsprozeß gefährden. Die zurückliegenden Jahre zeigen aber, daß sich die Politiker in beiden Ländern dieser Tatsache aber stets bewußt waren. Die Bedenken der kleineren europäischen Staaten, die nicht zuletzt durch den Freundschaftsvertrag von 1963 genährt wurden, erwiesen sich als weitgehend unbegründet. Die deutsch-französischen Beziehungen in Europa sind exemplarisch, aber nicht exklusiv.

Die geforderte Flexibilität auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft muß auch für den organisatorischen Rahmen gelten. Die Erfolge der bisherigen Europapolitik beruhen im wesentlichen darauf, daß man bei den Gemeinschaftsverträgen kein konsistentes Integrationsmodell zugrunde gelegt hat, sondern unterschiedliche Ansätze in einem Kompromißpaket ineinander verwoben hat. So tragen die Römischen Verträge eine

stark funktionalistische Handschrift, verbunden mit föderalistischen Ornamenten. Die damit verbundenen Probleme spiegeln sich exemplarisch in den deutsch-französischen Auseinandersetzungen um das Ziel wider, das man europapolitisch anstreben soll. Die Frage, ob das Ziel ein europäischer Bundesstaat oder nur ein Staatenbund souveräner Gliedstaaten sein sollte, fand in Bonn und Paris recht unterschiedliche Antworten. Erst langsam setzte sich die Erkenntnis durch, daß sowohl supranationale, als auch intergouvernementale Aktionsformen in dem zu schaffenden Europa ihren Platz behalten würden. Diese pragmatische Einsicht fand in der Formulierung des Ziels einer 'Europäischen Union' ihren Ausdruck. Der entscheidende Vorteil dieser Formel ist ihr Mangel an semantischer Präzision. Ihr konkreter Inhalt bleibt unbestimmt. Allerdings läßt sich feststellen, daß sich die bundesdeutschen Vorstellungen seit den 70er Jahren allmählich den französischen Konzepten angenähert haben. Die Stimmen aus Bonn, die eine signifikante Stärkung der supranationalen Elemente auf europäischer Ebene fordern, sind gegenüber den Anfangsjahren der Europäischen Gemeinschaft deutlich leiser geworden.

Was bedeuten diese Überlegungen nun konkret für die geforderte Europäische Sicherheitsgemeinschaft?

1. Es erscheint wenig ratsam, die Sicherheitsgemeinschaft zu eng mit einem Durchbruch zu einer politischen Union zu belasten. Sicher, mit einer Sicherheitsgemeinschaft wäre der point of no return in diese Richtung endgültig überschritten. Man wäre dem Ziel der politischen Gemeinschaft ein erhebliches Stück näher. Der Einbruch in den Raum nationaler Souveränitätsrechte wäre zu stark, um noch rückgängig gemacht zu werden. Dennoch erscheint aufgrund der Erfahrungen seit den 50er Jahren ein behutsames Vorgehen Schritt für Schritt geeigneter als ein europapolitisches Alles-oder-Nichts.
2. Die Orientierung am Möglichen, weniger am Wünschbaren muß auch die Konstruktion der Sicherheitsgemeinschaft selbst bestimmen. Natürlich wäre eine deutsch-französische oder gar eine europäische Armee, einheitlich gegliedert, ausgerüstet und ausgebildet wünschenswert. Allerdings erscheinen die Chancen mittelfristig dafür nicht sehr günstig. Zu unterschiedlich sind noch die nationalen Traditionen und wirtschaftlichen Interessen. Aussichtsreicher erscheint es da, durch die Schaffung einer gemeinsamen politischen Führung die Voraussetzung für eine allmähliche Vernetzung des Unterbaus zu schaffen. Die bereits vorhandene Interoperabilität könnte so Schritt für Schritt zur Integration verdichtet werden. - Man sieht, es hätte nicht nur symbolische Bedeutung, mit der Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungsministeriums auf bilateraler oder europäischer Ebene zu beginnen.

Die Schaffung einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft hat heute bessere Verwirklichungschancen als entsprechende Bestrebungen in den 50er und 60er Jahren. Gründe dafür ergeben sich

vor allem aus dem Aufbrechen der Nachkriegsstrukturen und aus der Notwendigkeit, der Gemeinschaftsbildung neue Perspektiven zu weisen.

Das Aufbrechen der Nachkriegsstrukturen läßt sich anhand verschiedener Symptome diagnostizieren.

1. Der entscheidende Unterschied gegenüber der Lage beim Scheitern der EVG und der Fouchet-Pläne ist die Veränderung im geostrategischen Gleichgewicht. Das Bündnis mit den USA bedeutete damals für die Westeuropäer Schutz durch die Macht, die in allen militärstrategischen Bereichen der Sowjetunion deutlich überlegen war. Die NATO erlaubte den Europäern, die eigene Sicherheit zu vernachlässigen.

Diese Lage hat sich grundlegend geändert. Heute müssen wir von einem geostrategischen Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion sprechen. Vor allem im konventionellen Bereich hat die Sowjetunion sogar eine gewisse Überlegenheit erlangt.

Diese Veränderung der Weltlage muß die Europäer zum Handeln zwingen. Erste halbherzige Schritte wie die Wiederbelebung der Westeuropäischen Union reichen nicht aus. Es wird zum ceterum censeo: die ermutigsten Schritte ergeben sich aus der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Sie muß vertieft werden.

2. Der sogenannte Zwischengipfel von Reykjavik hat die Europäer mit einer Erfahrung konfrontiert, die mit der Veränderung der Weltlage unmittelbar zusammenhängt: dem Bilateralismus der Weltmächte. Als passive Beobachter mußten sie mitansehen, wie sich die Supermächte anschickten, sich notfalls auch über ihre Köpfe hinweg in Fragen zu verständigen, die vitale europäische Interessen betreffen.

Die Traumata von de Gaulle und Adenauer drohen Wirklichkeit zu werden: der General sah in der Konferenz von Yalta das Symbol dafür, daß die Großen ohne Frankreich über eine Weltordnung diskutierten. Von den Großen als gleichberechtigter Partner an weltpolitischen Entscheidungen beteiligt zu werden, dies ist aufgrund des Yalta-Komplexes Maxime französischer Außenpolitik bis heute. Eine ähnliche Bedeutung hatte die Konferenz von Potsdam für Adenauer. Dort wurde ohne deutsche Beteiligung über Deutschlands Schicksal verhandelt. Dies für die Zukunft zu verhindern, mußte deshalb das Ziel deutscher Politik werden.

Passiv beobachten, wenn andere über das eigene Schicksal entscheiden, der alte Kontinent wird solange in dieser Lage bleiben, wie es ihm nicht gelingt, seine Kräfte zu bündeln und mit einer Stimme zu sprechen. Reykjavik hat klar gemacht, daß dies besonders für die Sicherheitspolitik gilt. Nur wenn es gelingt, den USA einen ebenbürtigen europäischen Dialogpartner gegenüberzustellen, kann auch der Nordatlantikvertrag aus der Schiefelage befreit werden, die langfristig seinen Bestand gefährden kann. Die Stärkung des europäischen Pfeilers ist eine notwendige Anpassung an die sich verändernden Rahmenbedingungen.

Aus pragmatischen Gesichtspunkten erscheint es sinnvoll in den bundesdeutschen und französischen konventionellen Streitkräften den Kern für einen stärkeren europäischen Pfeiler zu sehen. Darauf hat bereits Alt-Bundeskanzler Schmidt hingewiesen, als er feststellte, daß "die konventionellen Streitkräfte Frankreichs und Deutschlands ... allein fast ausreichen (würden), um den konventionell bewaffneten Truppenmassen der Sowjetunion ein ausreichendes Gegengewicht zu bieten und ein machtpolitisches Gleichgewicht zu erreichen."

3. Die dritte industrielle Revolution stellt die Europäer vor Herausforderungen, die sie nur gemeinschaftlich bestehen können. Mit Eureka haben sie für den zivilen Bereich einen Versuch gemacht, dieser Herausforderung zu begegnen. Die sicherheitspolitische und wirtschaftliche Selbstbehauptung Europas macht eine Ergänzung durch eine Europäische Verteidigungsinitiative notwendig.

Die Notwendigkeit, der Gemeinschaftsbildung neue Perspektiven zu geben, zeigt sich vor allem daran, daß verstärkt Positionen vertreten werden, die den status quo transzendieren. Dieses Problem weist über die Sicherheitspolitik hinaus und führt uns zu allgemeinpolitischen Fragen zurück. Die gegenwärtige Unzufriedenheit mit dem status quo manifestiert sich vor allem in einer Bewußtseinslage, die durch die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien sowie antiwestliche Affekte in Verbindung mit Skepsis gegenüber rationalem Denken gekennzeichnet ist. Der Zeitgeist ist durch das 'Unbehagen an der Moderne' und 'die Neue Unübersichtlichkeit' - so der Titel eines Buches von Jürgen Habermas - geprägt.

Die Friedensbewegung läßt sich meines Erachtens auch als ein Produkt dieser Bewußtseinslage interpretieren. Sie ist der Reflex auf eine Sicherheitspolitik, deren Rationalität und Komplexität nur noch von einer kleinen Anzahl von Spezialisten durchschaut wird. Der starke Zulauf der Friedensbewegung zeigt, daß es nicht ausreicht, eine Politik zu verfolgen, die objektiv das Kriegsrisiko zu minimieren sucht und nun schon seit über 40 Jahren den Frieden bewahrt hat. Sie hat es aber nicht geschafft, das subjektive Gefühl der Sicherheit zu verstärken. Zu komplex und kaum noch nachvollziehbar sind ihre Strukturen. In der sicherheitspolitischen Diskussion sind die Themen deshalb aus dem Rahmen der bestehenden Strukturen ausgewandert. Die Literatur zu alternativen Verteidigungsformen ist unübersehbar geworden und bietet neben einigen bedenkenswerten Ansätzen vor allem ein Forum für 'Friedensforscher' Kraft eigener Anmaßung, die zwar wenig zur Erreichung von mehr faktischer Sicherheit beitragen, dafür aber vor allem versprechen, das subjektive Sicherheitsbedürfnis weiter Bevölkerungskreise zu befriedigen.

Ähnliches läßt sich im Bereich der Europapolitik beobachten. Nicht nachvollziehbare Entscheidungen, undurchschaubare

Strukturen und kaum vorhandene Identifikations- und Personalisierungsmöglichkeiten haben hier dazu geführt, daß die Attraktivität der Idee einer Europäischen Gemeinschaftsbildung wie sie die EG verkörpert immer mehr abnimmt. Wer kann sich schon mit einer Verwaltungseinheit identifizieren, deren sichtbarste Leistungen eine unübersehbare Menge an Vorschriften sind? An dem daraus resultierenden Unbehagen an Europa können auch die aufzeigbaren Erfolge der vergangenen 30 Jahre und die Betonung der vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland an der Europäischen Gemeinschaft, die die politisch Verantwortlichen und die wissenschaftlichen Experten immer wieder betonen, nichts ändern. Die Folge des diffusen Unbehagens an der Gemeinschaftsbildung ist ein Auswandern der Themen. Die Schwerpunkte dieser politisch-kulturell aufgeladenen Debatte sind festzumachen an der Renaissance des Nationalbewußtseins und dem Traum von Mitteleuropa.

Die in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu beobachtende Tendenz einer Vitalisierung des nationalen Gedankens erscheint in der Bundesrepublik Deutschland besonders ausgeprägt. Die Veränderung der Bewußtseinslage läßt sich zunächst an Äußerungen verantwortlicher Politiker ablesen: der Rekurs auf 'vitale nationale Interessen' prägt die Alltagsstatements zu Europa, während das Bekenntnis zur Schaffung eines geeinten Europas zunehmend für Sonntagsreden reserviert bleibt. Ein weiteres Indiz für atmosphärische Veränderungen in der Einstellung zu Europa ist die Reaktion der Bundesländer auf die Einheitliche Europäische Akte. Obwohl sie über die Kodifizierung des status quo und die Neuformulierung des Ziels eines europäischen Binnenmarktes hinaus, das bereits in den Römischen Verträgen angelegt war, wenig Neues enthielt, löste sie heftige Reaktionen der Bundesländer aus, die einige ihre Rechte gefährdet sahen. Der europapolitische Stimmungsumschwung zeigt sich besonders im Vergleich zu den siebziger Jahren, als mit der Währungs- und Wirtschaftsunion ein Ziel auf der europapolitischen Agenda stand, das vom Anspruch her noch erheblich weitere Eingriffe in Mitbestimmungsrechte der Bundesländer, bedeutet hätte. Der Sturm der Entrüstung blieb damals aber aus. Daß den Befürwortern einer weitergehenden europäischen Integration der Wind stärker ins Gesicht bläst, zeigt auch ein Blick in die Zeitschriften. Da finden sich beispielsweise in der 'Zeit' und im 'Rheinischen Merkur' Beiträge, die den Sinn einer weitergehenden wirtschaftlichen Verflechtung verneinen bzw. eine weitergehende Kompetenzübertragung an das europäische 'Scheinparlament' negativ beurteilen.

Die 'Renaissance der Deutschen Frage' erschöpft sich aber nicht in einer kritischeren Einstellung gegenüber europäischen Integrationszielen. In ihr spiegeln sich tieferliegende Nachdenklichkeiten wider. Die Deutschen beschäftigen sich verstärkt mit Fragen des eigenen Standorts: Wer sind wir? Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Die zentrale Rolle der politisch-kulturellen Dimension für die Europamüdigkeit unterscheidet die Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland von der Situation

ist die Skepsis gegenüber weitergehenden Schritten im Integrationsprozeß stärker durch handfeste politische Interessen bestimmt.

Eine wichtige Facette dieser Unzufriedenheit mit der Form der Gemeinschaftsbildung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist die Konjunktur der Debatten um Mitteleuropa. In ihnen bündeln sich die Hoffnungen auf eine Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und der Spaltung des Kontinents sowie auf eine Friedenszone in Europa, in der konkrete Abrüstungsschritte praktiziert werden und das einen Puffer zwischen den Weltmächten bilden soll.

Diesen Hoffnungen fehlt allerdings der konkrete Bezug zur politischen Realität. Sie entsprechen weder den gegebenen internationalen Rahmenbedingungen, noch sind die politischen Kräfte zu erkennen, die den politischen Willen und die politische Potenz dazu hätten, die Rahmenbedingungen entsprechend zu verändern. Die Diskussion um Mitteleuropa an deutschen und osteuropäischen Kaminen ist daher vor allem ein Indiz für die Unzufriedenheit mit dem status quo und der irrationalen Sehnsucht nach seiner Überwindung. Mit dem Versprechen, den Königspfad zur Erhaltung des Friedens in Europa zu weisen, laufen die Protagonisten der Mitteleuropaidee Gefahr, neue Schleichwege zum Chaos zu betreten.

In meiner Philippica gegen die Mitteleuropaidee möchte ich allerdings eine Einschränkung vornehmen. Die kulturelle Dimension dieses Begriffs birgt durchaus Chancen in sich. In diesem Verständnis weist der Begriff Mitteleuropa darauf hin, daß man beispielsweise Nikolaus Kopernikus oder Veit Stoß nicht durch eine Qualifizierung als Pole oder Deutscher gerecht wird, daß man Franz Kafka weder als Deutschen noch als Tschechen bezeichnen kann. Wenn uns die Mitteleuropadiskussion dabei hilft, diese nationalen Denkschemata zu überwinden, die noch dem Bewußtsein des 19. Jahrhunderts entsprechen, dann ist dies sicherlich ein konstruktiver Beitrag.

Entscheidend bleibt aber die Gefahr der politischen Destabilisierung, die von der Mitteleuropaidee ausgeht. Ihr muß vor allem durch die Bekämpfung der Ursachen ihrer Entstehung begegnet werden: dem Unmut über die Defizite der Gemeinschaftsbildung im Westen und deren Perspektivlosigkeit. Als Programm zur Überwindung dieser Mängel und zur Trendwende in der Einstellung zur Europäischen Gemeinschaft bieten sich zwei Schritte an:

- Europa muß transparenter, muß erfahrbar werden
- Europa braucht eine politische Kraft, die der Integration neue Impulse gibt und entschlossen ist, energisch auf dem Weg zu einem politisch geeinten Europa voranzuschreiten: Europa braucht einen Förderator

Das System der Zusammenarbeit der Staaten Westeuropas hat einen solchen Grad an Komplexität erreicht, daß wichtige Strukturen und Entscheidungsabläufe für die überwiegende Mehrheit kaum noch nachvollziehbar und damit auch kaum einsichtig zu machen sind. Die Symbolwirkung eines Europapasses und der Abbau von Grenzkontrollen sind erste Schritte dorthin, haben aber vor allem die

Funktion von flankierenden Maßnahmen. Die entscheidenden Schritte stehen aber noch aus:

- Europa braucht eine Infrastruktur vor allem in den Bereichen der politischen Interessenvertretungen, also der Parteien und Verbände, sowie der Massenmedien. Die Strukturen in diesem Bereich hinken den Realitäten deutlich hinterher: Gewerkschaften in den einzelnen Staaten versuchen nach wie vor, im nationalen Rahmen ihre Interessen durchzusetzen und fröhnen dabei nicht selten dem Sankt-Florian-Prinzip. Auf Arbeitgeberseite sieht die Lage nicht anders aus. Im Medienbereich macht die Entwicklung von direktstrahlenden Rundfunksendern europäische Strukturen zwangsläufig. Dennoch versuchen die Medienpolitiker vor allem den Zeitpunkt, an dem man diese Einsicht in konkrete Maßnahmen übersetzen muß, möglichst hinauszuzögern. Europa darf hier nicht nur auf technische und politische Herausforderungen reagieren, Europa muß hier agieren und die Zukunft gestalten.
- Die Entscheidungsstrukturen müssen demokratisiert werden. Die Stärkung des Europaparlaments ist zunächst aus Gründen der politischen Legitimität der Entscheidungen notwendig. Darüber hinaus würde die Verlagerung des Machtzentrums der EG vom Ministerrat zum Parlament auch die Transparenz der Entscheidungen erhöhen: wichtige Beschlüsse würden nicht mehr primär hinter verschlossenen Türen gefällt, sondern müßten für die Öffentlichkeit durch die Parlamentsarbeit im Plenum und den Ausschüssen transparenter gemacht werden. Solange die wichtigen Entscheidungen letztlich im Ministerrat gefällt werden, wird den Parlamentsdebatten das Image von Spiegelgefechten anhaften bleiben.
- das Gedenken an die Gründungsleistung in den 50er Jahren darf nicht in nostalgischen Reminiszenzen stecken bleiben. Der Rückblick muß neben dem Verweis auf die Erfolge der Gemeinschaft aus den Defiziten Lehren für die Zukunft ziehen und er muß vor allem eines verdeutlichen, daß die Perspektive der Freiheit den Kern der Europa-Idee bildet. Dieser Kern muß auch als Maßlatte für künftige Entscheidungen der Gemeinschaft wieder deutlicher betont werden, denn darin liegt die zukunftsweisende Perspektive der Europäischen Gemeinschaft. Sie muß auch den Maßstab für die Beurteilung scheinbar verlockender Alternativen bilden. Manche schöne Verpackung läßt sich so Mogelpackung erkennen.

Europa braucht einen Förderator. Diese Ansicht vertritt auch Alt-Bundespräsident Carstens, der in einer Rede vor der EVP-Fraktion des Europaparlaments darauf hinwies, daß die Geschichte lehre, daß ein Einigungsprozeß zwischen selbständigen Staaten nur mit Hilfe eines 'Integrators' verwirklicht werden kann, das heißt mit Hilfe einer Kraft, die die auseinanderstrebenden Teile zusammenführt. Der Gedanke ist auch älter als die Römischen Verträge. Von den Vätern der Europäischen Einigung war diese Rolle der Kommission zugedacht, wie sie bereits durch die

Gründung der Montan-Union eingesetzt wurde. Trotz des Initiativmonopols im Gesetzgebungsverfahren konnte sie aber nie die Funktion eines effektiven Führungsinstruments wahrnehmen. Ihr politisches Gewicht ist stetig gesunken, vor allem seit dem Luxemburger Kompromiß von 1966.

Der Grundgedanke, der Gemeinschaft ein effektives Führungsgremium zu geben, stand auch bei der Schaffung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs Pate. Er sollte die große Richtung des Integrationsprozesses weisen und der Gemeinschaft neue Impulse geben. Nach anfänglichen Erfolgen konnte dieses Gremium den Hoffnungen, die man damit verbunden hatte, nicht gerecht werden. Bei der Beschäftigung mit den Tagungen des Europäischen Rates fällt aber eines auf: Erfolg und Mißerfolg der Treffen hängen wesentlich von der deutsch-französischen Abstimmung im Vorfeld und auf dem Gipfel selbst ab. Damit verweisen sowohl die Erfolge als auch die Mißerfolge des Europäischen Rates auf Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland als Förderator Europas. Bei ihnen findet sich, was einer europäischen Institution noch lange fehlen wird, um die Rolle des Förderators wirksam ausfüllen zu können: die politische und wirtschaftliche Potenz, um Führungsimpulse freisetzen zu können. Nur zwischen diesen beiden Staaten ist die Dichte der Abstimmung untereinander so stark, wie es für diese Rolle notwendig ist. Zudem ist die Zusammenarbeit zwischen beiden dort besonders ausgeprägt, wo die zukünftigen Aufgaben im europäischen Integrationsprozeß liegen: in der Sicherheits- und Außenpolitik.

Alt-Bundespräsident Carstens leitet aus der Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit als 'Integrator' oder 'Föderator' Europas die Forderung nach einer Konföderation beider Staaten ab. Helmut Schmidt hat in seiner Abschiedsrede im Bundestag seine Unterschätzung der Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit während der Diskussion um den bilateralen Freundschaftsvertrag von 1963 zugegeben. Er stimmt heute mit de Gaulle überein, der schon damals auf eine enge Entente zwischen Frankreich und Deutschland als Kern der europäischen Selbstbehauptung baute. Schmidts Konsequenz ist die Forderung nach Zusammenfassung der Streitkräfte beider Staaten unter einem einheitlichen, französischen Oberbefehl.

General de Gaulle faßte 1961 in einer Tischrede gegenüber Adenauer seine Idee der gemeinsamen deutsch-französischen Aufgabe so zusammen: in der Vergangenheit haben unsere beiden Völker sich oft mit Krieg überzogen und die Besten ihrer Jugend auf dem Schlachtfeld im Kampf gegeneinander geopfert. Warum haben wir das getan? Weil jeder von uns Europa auf Kosten des anderen bauen wollte. Herr Bundeskanzler, lassen Sie uns Europa gemeinsam bauen! -

De Gaulles Konzept hat bis heute nichts von seiner Dringlichkeit verloren: Faisons-nous Europe ensemble!